

Medien-Information

Volksabstimmung vom 26. November 2006: Nein zur falschen Familienpolitik

Familienzulagengesetz: GastroSuisse beschliesst Nein-Parole

GastroSuisse ist gegen das am 26. November zur Volksabstimmung gelangende verfehlte Familienzulagengesetz und hat die Nein-Parole beschlossen.

Familien brauchen gute Rahmenbedingungen, keine aufgeblähten Umverteilungsapparate. Tiefere Steuern und gute Betreuungsangebote sind hilfreicher als marginal höhere Zulagen, die bereits heute weit über dem europäischen Durchschnitt liegen. Mit dem missglückten Gesetz würde zudem zum Schaden unserer Binnenwirtschaft noch mehr Geld ins Ausland abfliessen – bereits heute fliessen pro Jahr rund 500 Mio. Franken ins Ausland, auch an Kinder im Ausland von Nichterwerbstätigen. Selbständig-erwerbende gingen dagegen weiterhin leer aus.

Die Regelung der Familienzulagen ist heute Sache der Kantone. Das System hat sich nach Meinung von GastroSuisse bewährt. Es ist leistungsfähig und verlässlich und soll oder darf nicht geändert werden.

GastroSuisse ist der führende nationale Verband für Hotellerie und Restauration. Über 20'000 Mitglieder (Hotels, Pensionen, Gasthöfe, Restaurants und Cafés), organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, gehören dem grössten gastgewerblichen Arbeitgeberverband mit Hauptsitz in Zürich an.

Zürich, 2. November 2006

Bei Rückfragen:

GastroSuisse, Marketing und Kommunikation, Telefon 044 377 53 53,
Fax 044 377 55 82, maco@gastrosuisse.ch

Die vorliegende Medien-Information ist unter www.gastrosuisse.ch elektronisch verfügbar.